

Hartz-IV-Empfänger erhalten verspätet Geld

Von Karsten Hintzmann

Der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses hat die Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV in Berlin heftig kritisiert. In vielen Einzelfällen habe es in den vergangenen Monaten Fehler bei der Antragsbearbeitung und zu lange Bearbeitungszeiten gegeben. Dadurch seien vielen Betroffenen das ihnen zustehende Arbeitslosengeld II sowie Umzugsbeihilfen verspätet ausgezahlt worden, monierte die Vize-Vorsitzende des Ausschusses, Annelies Herrmann (CDU). Eine arbeitslose Berlinerin habe mehr als vier Monate auf ihr Geld warten müssen. Die zuständige Arbeitsagentur begründete die lange Bearbeitungsdauer mit der Antragsflut, die angesichts der schlechten Personalausstattung der Behörde nicht zu bewältigen gewesen sei. Herrmann: "Bis heute hat sich die Lage für viele Hartz-IV-Empfänger nicht verbessert, weil die Ämter nicht in der Lage sind, Anträge zeitnah zu bearbeiten. Das ist nicht hinnehmbar, weil viele Betroffene dadurch in Armut und Wohnungslosigkeit fallen." Besonders prekär sei in diesem Zusammenhang die Situation für Kinder von Langzeitarbeitslosen. Sie müßten wegen verspäteter Auszahlung der Hilfen auf dringend benötigte Schulbücher und Kleidung verzichten. Der Petitionsausschuß bearbeitete in den zurückliegenden zwölf Monaten rund 200 Eingaben von Hartz-IV-Empfängern, das waren zehn Prozent des gesamten Petitionsaufkommens.

Ein weiterer Schwerpunkt waren Beschwerden über hohe Straßenerschließungsgebühren. Ausschußchef **Ralf Hillenberg (SPD)** sagte, es habe eine Sammelpetition von knapp 100 Anwohnern im Pankower Stadtteil Karow gegeben, die Zahlungsbescheide für die Erschließung des Hubertusdamms in einer Spanne von 5000 bis 50 000 Euro erhalten hätten. Nach **Hillenbergs** Auffassung dürften die Anwohner vom Bezirk nicht zur Kasse gebeten werden, da eine ortsübliche Ersterschließung bereits zu DDR-Zeiten stattgefunden hat. Eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit steht bislang noch aus.

Der Einsatz für hilfeschuchende Bürger brachte für einige der insgesamt 19 Ausschußmitglieder im zurückliegenden Jahr unerwartete Konsequenzen mit sich. Während Hillenberg und Herrmann ab und an spontane Hausbesuche ihrer Klienten erhielten, sahen sich zwei Abgeordnete mit zusätzlichen Tiefenprüfungen eines zuvor kritisierten Finanzamtes konfrontiert.